

12.08.99

EU-Altautodirektive ist mittelstandsfeindlich

Düsseldorf:

Das Präsidium der Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e.V. (BDSV) machte in seiner Sitzung vom 10.08.99 nochmals seine Vorbehalte gegen die nun dem EU-Parlament für Oktober zur Abstimmung vorliegende EU-Altautodirektive deutlich, die eine kostenlose Rücknahmepflicht für Neuwagen ab dem 01.01.2001 und für sämtliche Altautos ab dem 01.01.2006 vorsieht. Den Herstellern wird neben der Produktverantwortung für eine recyclinggerechte Produktion auch die Produktverantwortung für den Wiederverwertungsprozess übertragen. Schon im Vorfeld hat die Industrie deutlich gemacht, dass sich für sie mit der Pflicht zur kostenlosen Rücknahme, die Verwertung als ein Gesamtprozess darstellt. Die Hersteller können damit bestimmen, zu welchen Bedingungen und Kosten und mit welchen Partnern die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen sind. Dies würde eine deutliche Strukturveränderung mit sich bringen und die Selbstständigkeit der Recyclingwirtschaft - die bisher die qualitätsgesicherte Schließung der Stoffkreisläufe garantiert hat - bedrohen.

Die BDSV als Europas größte Interessenvertretung von nahezu 700 meist mittelständisch strukturierten Stahlrecyclingbetrieben, sowie ihre Europäische Standesorganisation die EFR (Europäischer Recyclingverband für Eisen und Stahl) haben ihre starken Bedenken gegen eine auf diese Art erzwungene Marktberreinigung den europäischen Gremien vorgetragen. Da die Umsetzung und Ausgestaltung der EU-Direktive nach der Verabschiedung durch das EU-Parlament den nationalen Entscheidungsträgern obliegt, verbindet das BDSV-Präsidium mit diesem Verfahren große Hoffnungen. Die Verbandsspitze fordert nun einen gesetzlichen Rahmen, in dem sich die Unternehmen unter klaren und fairen Wettbewerbsbedingungen bewegen können. Die Bemühungen der Bundesvereinigung werden von der ARGE-Altauto, deren Mitglied sie ist, befürwortet, um Lösungen zur Stützung der mittelständischen Wirtschaft zu erarbeiten.

Die Folgen eines künstlich erzeugten Verdrängungswettbewerbs für eine funktionierende Wirtschaft hat der niedersächsische Umweltminister Jüttner klar erkannt. Auch er fordert, dass bei der Umsetzung der Direktive in nationales Recht, der Mittelstand als Stütze der Wirtschaft aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht auf der Strecke bleiben darf. Seine für den Marktprozess überlebenswichtigen Funktionen wie innovativ sein, Arbeitsplätze schaffen, konsequentes Ausnutzen von Marktlücken, gingen verloren. Er sieht es als vordringlichste Aufgabe an, hier eine sinnvolle Ausgestaltung der Verordnung zu bewirken.